

Die Woche im Bundestag

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Mehr Geld im Portemonnaie



In dieser Woche haben wir steuerliche Entlastungen für Familien sowie Menschen mit Behinderung beschlossen. Ab Januar 2021 wird es 15 Euro mehr Kindergeld pro Kind geben – den

Kinderfreibetrag passen wir entsprechend an. Gleichzeitig werden auch der Grundfreibetrag erhöht und der Einkommensteuertarif so an die Inflation angepasst, dass die Wirkungen der kalten Progression gar nicht erst eintreten können. Ein besonderes Anliegen ist uns die Anhebung des Behindertenpauschbetrags – dieser soll verdoppelt werden. Außerdem werden ein behinderungsbedingter Fahrtkosten-Pauschbetrag eingeführt und die Nachweispflichten vereinfacht.

Die spektakulären Fälle in Lügde, Bergisch Gladbach oder Staufen haben Deutschland in den vergangenen Monaten erschüttert: Sexueller Missbrauch von Kindern ist eines der widerlichsten Verbrechen, das man sich vorstellen kann. Viele Opfer bleiben ihr Leben lang traumatisiert. Mit dem „Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ werden Strafraum erhöht und die Strafverfolgung erleichtert. Außerdem hat die Union durchgesetzt, dass bestimmte Verurteilungen wegen kinderschutzrelevanter Straftaten erst nach 20 Jahren aus dem erweiterten Führungszeugnis gelöscht werden können. Damit wird verhindert, dass pädophil veranlagte Täter etwa als Jugendtrainer arbeiten dürfen.

Schneller und effizienter bauen

Das „Investitionsbeschleunigungsgesetz“ ist ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland. Denn durch das Gesetz kann im Schienenverkehr einfacher, effizienter und schneller geplant und gebaut werden. Die Elektrifizierung von bestimmten Bestandsstrecken wird durch den Wegfall eines erneuten Planungsverfahrens erheblich erleichtert. Endlich werden auch kleinere Umbaumaßnahmen für bessere Barrierefreiheit, mehr Lärmschutz und die Digitalisierung der Sicherheitstechnik ohne bürokratischen Zeitverzug schneller umgesetzt.

Die Apotheke um die Ecke hat mit der Konkurrenz aus dem Internet zu kämpfen. Dabei sind Apotheken gerade im ländlichen Raum ein wichtiger Faktor, um die Lebensqualität zu stärken und um eine umfassende Beratung der Bevölkerung zu gewährleisten. Mit dem Vor-Ort-Apotheken-Gesetz, wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um diese Geschäfte zu unterstützen. Der Gesetzesentwurf schreibt

gleiche Preise für inländische Apotheken und den ausländischen Versandhandel fest und stellt sicher, dass EU-Versand-apotheken Patienten

keine Zuwendungen im Zusammenhang mit der Abgabe von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln gewähren.

Diese Woche im Bundestag

- 1 Familien steuerlich entlasten
- 2 Schneller und effizienter bauen
- 3 Apotheken vor Ort stärken

CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Diskussion um Rückführungen nach Syrien

„Gefährder und Schwerstkriminelle, die eine Gefahr für unsere Bevölkerung darstellen, müssen grundsätzlich auch nach Syrien abgeschoben werden können. Das Auswärtige Amt muss eine differenzierte Lagebeurteilung des Landes vornehmen und sollte ein Konzept vorlegen, wie mittelfristig Abschiebungen nach Syrien praktisch durchgeführt werden können.“

Der **innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Mathias Middelberg**, zu der aktuellen Diskussion um Rückführungen nach Syrien.



Gefährder und Schwerstkriminelle abschieben

„Auf schwere Dienstvergehen muss die Bundeswehr angemessen und zeitnah reagieren können. Das ist besonders wichtig, um schnell und effektiv Extremisten aus dem Dienst entfernen zu können. Deshalb wollen wir mit den geplanten Änderungen soldatenrechtlicher Vorschriften die Befugnisse des Dienstherrn erweitern. Dazu gehören eine Stärkung der Disziplinarvorgesetzten, längere Verjährungszeiten bei einfachen Dienstvergehen und die länger bestehende Möglichkeit zur fristlosen Entlassung im Fall besonders schwerer Dienstvergehen.“

Wir setzen damit auch ein klares Zeichen, dass wir Extremisten in der Bundeswehr nicht dulden. Es gilt, den guten Ruf der Truppe zu bewahren. Denn bei der weit überwiegenden Anzahl der Angehörigen der Bundeswehr handelt

es sich um tadellose Soldatinnen und Soldaten, die vorbildlich ihre Pflicht erfüllen.“

Der **verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestags-**

fraktion, Henning Otte, zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung soldatenrechtlicher Vorschriften.



Nachhaltige Fischerei



„Die Fischerei ist system-relevant, denn sie trägt zur Deckung des Eiweißbedarfs in der Bevölkerung bei. Zugleich gehört sie zur Kultur unserer Küstenregionen. Deshalb steht die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion an der Seite unserer Fischereibetriebe. Das Prinzip der nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände in der Nordsee durch unsere Fischerinnen und Fischer ist erfolgreich und trägt Früchte. 99 Prozent der Fän-

ge aus der Nordsee stammen aus Beständen, die gemäß der Zielsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union nachhaltig bewirtschaftet werden. Das ist ein zentrales Ergebnis des heutigen Fachgesprächs im Fischereiausschuss des Deutschen Bundestages. Zugleich ist im Gespräch mit den Expertinnen und Experten deutlich geworden, dass für den Rückgang bestimmter Fischarten in der Ostsee mehrere ökologische Faktoren verantwortlich sind. Genauer zu untersuchen sind vor allem die Auswirkungen der Offshore-Windenergie. Hierbei ist eine gemeinsame Betrachtung aller geplanten Anlagen geboten.“

Der **agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann**, zum öffentlichen Fachgespräch zur Situation der Fischerei in Nord- und Ostsee in dieser Woche.

Die Woche im Parlament

Gesetz zur Beschäftigungssicherung infolge der COVID-19-Pandemie (Beschäftigungssicherungsgesetz). Mit dem Beschäftigungssicherungsgesetz haben wir in 1. Lesung die Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 25. August 2020 zur Verlängerung der vereinfachten Regelungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld beraten. Damit sichern wir Arbeitsplätze von vielen Beschäftigten und helfen, die Coronakrise im Winter und im Frühjahr durchzustehen. Die bis zum 31. Dezember 2020 bestehenden Regelungen werden für das Jahr 2021 verlängert. Zudem wird im Laufe des Jahres 2021 durch die mit dem Gesetz korrespondierenden Rechtsverordnungen u.a. die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge schrittweise zurückgefahren. Ab dem 1. Juli 2021 erfolgt die 100%-ige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge nur noch für Zeiten beruflicher Weiterbildung während der Kurzarbeit. In allen anderen Fällen erfolgt eine 50%-ige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge beim Bezug von Kurzarbeitergeld.



WIR FÖRDERN FAMILIEN UND PLANEN:

- ✓ **15 Euro mehr Kindergeld ab 1. Januar 2021**
- ✓ **einen höheren Kinderfreibetrag**

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Zweites Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (2. FamEntlastG). Familien leisten gerade in der Corona-Krise unglaublich viel. In 2./3. Lesung beschlossen wir die steuerliche Entlastung für Familien: Der neue Kinderfreibetrag beträgt ab 2021 insgesamt 8.388 Euro pro Kind sowie die Erhöhung des Kindergeldes um 15 Euro zum 1. Januar 2021. Auch der Grundfreibetrag wird angehoben und die Eckwerte des Steuertarifs nach rechts verschoben. So wird verhindert, dass die Folgen der kalten Progression eintreten.

Gesetz zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Behinderten-Pauschbetragsgesetz). Wir beschlossen in 2./3. Lesung u. a. die Anpassung der Behinderten-Pauschbeträge. Sie werden verdoppelt und zukünftig bereits ab einem Grad der Behinderung von mindestens 20 gewährt. Zudem werden Steuer-

pflichtige mit einer Behinderung durch verschiedene Steuervereinfachungen entlastet. Ziel der Maßnahmen ist insbesondere, auch zukünftig die Vereinfachungsfunktion der Pauschbeträge sicherzustellen, Nachweispflichten abzubauen und die relevanten Grade der Behinderung beim Behinderten-Pauschbetrag möglichst mit dem Sozialrecht zu harmonisieren.

Gesetz zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege (Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz). Mit dem Gesetzentwurf haben wir in 1. Lesung verschiedene Rechtsänderungen zur besseren gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung beraten. Das umfasst u.a. eine stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im kommenden Jahr, 20.000 Stellen für Pflegehilfskräfte in Altenheimen und ein dreijähriges Förderprogramm für mehr Hebammen in den Krankenhäusern.

Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken. In zweiter 2./3. Lesung beschlossen wir Maßnahmen zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken und damit zur zuverlässigen Medikamentenversorgung der Bürgerinnen und Bürger. Der Gesetzentwurf sieht die Festschreibung einer Gleichpreisigkeit für inländische Apotheken und den ausländischen Versandhandel vor und führt zusätzliche honorierte pharmazeutische Dienstleistungen ein, auf die GKV-Versicherte einen Anspruch haben. Des Weiteren werden automatisierte Ausgabestationen eingeführt und die Vergütung des Botendienstes für Apotheken verstetigt.

Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder. In 1. Lesung berieten wir den Gesetzentwurf, mit dem die geltenden Strafbestände des sexuellen Missbrauchs von Kindern verschärft werden. Die Strafraumen der neuen Straftatbestände der sexualisierten Gewalt gegen Kinder sowie des Straftatbestandes der Kinderpornographie werden angehoben. Bereits die Grundtatbestände werden als Verbrechen ausgestaltet, d.h. es wird eine Mindeststrafe



Union setzt sich durch:

Härtere Strafen für Täter.

Besserer Schutz für Kinder.

CDU/CSU

von einem Jahr Freiheitsstrafe vorgesehen. Außerdem sollen einzelne Strafbarkeitslücken geschlossen und die Strafverfolgung u.a. durch Erweiterung der Ermittlungsbefugnisse effektiver gestaltet werden. In der Strafprozessordnung soll außerdem ausdrücklich ein Beschleunigungsgebot für Strafverfahren mit minderjährigen Opferzeugen verankert werden. Weitere Maßnahmen betreffen den präventiven Bereich wie Qualifikationsanforderungen für zuständige Richter, die Kindesanhörung und erhebliche Verlängerungen von Fristen für die Aufnahme von besonders kinder- und jugendschutzrelevanten Verurteilungen in erweiterte Führungszeugnisse. Schließlich wird der Verkauf und der Besitz von Sexpuppen mit kindlichem Erscheinungsbild unter Strafe gestellt.

Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften. Mit dem Gesetzentwurf soll in erster Lesung beraten werden, das EEG 2017 durch ein grundlegend novelliertes EEG zu ersetzen. Letzteres soll zum 1. Januar 2021 in Kraft treten soll („EEG 2021“). Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll konsequent weiter vorangetrieben werden. Hierzu werden die entsprechenden Rahmenbedingungen im EEG sowie im übrigen Recht geschaffen. Es sind insbesondere Anpassungen der Ziele und Ausbaupfade, des Förderrahmens der verschiedenen erneuerbaren Energieträger sowie der Digitalisierung der erneuerbaren Energien vorgesehen.



Photo by Mariana Proença on Unsplash

Gesetz zur Änderung des Bundesarchivgesetzes, des Stasiunterlagen-Gesetzes und zur Einrichtung einer oder eines SED-Opferbeauftragten. Wir haben in 1. Lesung den Gesetzentwurf beraten, der die für die Überführung des Stasiunterlagenarchivs in die Zuständigkeit des Bundesarchivs notwendigen gesetzlichen Anpassungen beinhaltet. Grundlage dafür ist der Beschluss des Deutschen Bundestages vom September 2019 für das gemeinsame Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bun-

desarchivs zur Überführung der Stasiakten in das Bundesarchiv. Mit Inkrafttreten des Gesetzes soll an die Stelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen das Amt eines SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag treten, der für die Anliegen der Opfer der SED-Diktatur in Politik und Öffentlichkeit eintreten wird. Wir werden damit dauerhaft an das Unrecht des SED-Staates erinnern.

Daten & Fakten



Photo by Nathan Dumlao on Unsplash

4 600 minderjährige Studierende in Deutschland. Laut erhobener Daten des Statistischen Bundesamts waren zum Wintersemester 2019/2020 4.600 Minderjährige deutschlandweit an Universitäten eingeschrieben. Das macht 0,16% aller Studierenden aus. Zehn Jahre zuvor lag ihr Anteil bei 0,04% mit 760 Studierenden. Als Gründe für den Anstieg nennt das Statistische Bundesamt den Wegfall des Zivil- und Wehrdienstes und die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren. Die Vorlesungszeit des kommenden Wintersemesters beginnt am 2. November 2020.

(Quelle: Destatis)

CDU CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:

Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.